

Dietmar Schulz MdL NRW
Piratenfraktion
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dem Generalbundesanwalt
beim Bundesgerichtshof
Brauerstraße 30
76135 Karlsruhe

Fax: (0721) 81 91 59 0

Düsseldorf, 29.04.2015

S t r a f a n z e i g e

Hiermit erstatten wir, der o.G. und sämtliche Unterzeichner **S t r a f a n z e i g e** unter jedem rechtlichen Gesichtspunkt der nachstehenden Sachverhaltsdarstellung. Die Anzeige richtet sich trotz der geäußerten Verdachtsmomente gegen „Unbekannt“.

Gemäß umfangreicher Presseberichterstattungen der letzten Tage soll der Bundesnachrichtendienst gerichtet gegen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger Deutschlands sowie gegen Unternehmen mit Sitz in Deutschland und politisch Verantwortliche Personen seit mehr als einem Jahrzehnt (ca. ab dem Jahr 2001) für den Geheimdienst NSA der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) Kommunikations- und Datenverkehr jeglicher Art abgehört und abgefischt, aufgezeichnet und kopiert sowie diese dem oder den USA-Geheimdiensten zugänglich gemacht haben.

Nach Medienberichten haben deutsche Behörden, in diesem Fall konkret der Bundesnachrichtendienst (BND), eine aktive Rolle bei der Ausforschung von Deutschen Unternehmen und Politikern gespielt. Wie u.a. die „Rheinische Post“ berichtet, habe der US-Nachrichtendienst NSA den BND in 40.000 Fällen gebeten, „Ziele auszuhorchen, bei denen die Datenlieferungen gegen deutsche und europäische Interessen verstoßen hätten“.

Die berichtete „Amtshilfe“ des deutschen Nachrichtendienstes erfolgte anhand von so genannten Selektoren, also Suchbegriffen, die der amerikanische Nachrichtendienst vorgegeben hatte. Medien berichten, dass sich u.a. der Luft- und Raumfahrtkonzern EADS und Rüstungskonzerne unter den Zielen der möglichen Wirtschaftsspionage befanden und befinden.

Dabei haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich der Führungsebenen des BND sowie politische Verantwortliche, insbesondere im Bundeskanzleramt in erheblichem Umfang gegen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gehandelt.

Maßgeblich stehen jene Personen in dem Verdacht, geheimdienstliche Agententätigkeit für eine fremde Macht im Sinne von § 99 Strafgesetzbuch angeordnet, ausgeübt, diese gefördert oder wissentlich geduldet zu haben, soweit sie Verantwortung im Bereich der Koordination der Geheimdienste innehatten oder innehaben; namentlich u.a.:

- als Kanzleramtsminister die Herren Dr. Frank-Walter Steinmeier, Dr. Thomas de Maiziére, Ronald Pofalla und Peter Altmeier,
- als Geheimdienst-Koordinatoren im Kanzleramt die Herren Ernst Uhrlau (zugleich ab 2006 Präsident des Bundesnachrichtendienstes), Klaus- Dieter Fritsche und Günter Heiß
- als Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes die Herren August Hanning, Ernst Uhrlau und Gerhard Schindler

Ob und – ggf. – inwieweit Regierungsmitglieder der in den jeweiligen Legislaturperioden seit Anfang der 2000er Jahre involviert waren oder sind, wird in das Ermittlungsermessen des Generalbundesanwalts gestellt.

Es wird höflichst um Sachstandsmitteilung zu gegebener Zeit gebeten.

Dietmar Schulz MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Piratenfraktion NRW

Stefan Körner
Piratenpartei Deutschland
1.Vorsitzender

Dr. Joachim Paul MdL
Fraktionsvorsitzender
Piratenfraktion NRW

Simone Brand MdL
Stellv.Fraktionsvorsitzende
Piratenfraktion NRW

Carsten Sawosch
Piratenpartei Deutschland
Stellv. Vorsitzender

Daniel Schwerd MdL

Nikolaus Kern MdL

Hanns-Jörg Rohwedder MdL

Lukas Lamla MdL

Marc Olejak MdL
Parlamentarischer GF
Piratenfraktion NRW

Frank Herrmann MdL